

Pressemitteilung

Wiesbaden, 02. März 2016

Günstiger Wohnraum

Ulrich Caspar: „Schaffung von angemessenem Wohnraum hat weiterhin höchste Priorität“ - „Land und Bund stehen in gemeinsamer Verantwortung“

„Die Schaffung von angemessenem Wohnraum für jeden Bürger in Hessen bleibt eine der wichtigsten Prioritäten der Landesregierung und der CDU-Landtagsfraktion. Land und Bund stehen dabei gemeinsam in der Verantwortung, Investitionen in den Wohnungsbau zu unterstützen. In Hessen wird im Laufe dieser Legislaturperiode rund eine Milliarde Euro an Fördermittel für diesen Zweck bereitgestellt. Noch nie standen so hohe Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung. Mit dem neuen Wohnraumfördergesetz und Sonderprogrammen für Studierende und für den Mittelstand haben wir eine zielgerichtete Verteilung der Mittel sichergestellt. Auch den Kommunen haben wir den Sondermitteln in Höhe von 230 Millionen im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms zusätzliche Handlungsspielräume eröffnet. Die Allianz für Wohnen trägt dazu bei, Reibungsverluste und Investitionshindernisse zu vermeiden und abzubauen. Wir sind als Land hier auf einem hervorragenden Weg. Wenn Bundesministerin Hendricks diesen Weg zusätzlich unterstützen möchte, freuen wir uns. Insbesondere solle sie auf ihren Kabinettskollegen Maaß einwirken, der das Mietrecht noch weitere regulieren wollen und damit mögliche Investoren vom Mietwohnungsbau abschrecken“, erklärte der wohnungspolitische Sprecher der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Ulrich Caspar, angesichts der Pressekonferenz der Bundesbauministerin, Dr. Barbara Hendricks, in Wiesbaden.

Positiv sei der Beschluss des Bundeskabinetts zu werten, eine Sonderabschreibung für private Bauherren einzuführen, um den privaten Mietwohnungsbau weiter anzukurbeln. Damit ist eine neue steuerliche Förderung in Höhe von bundesweit rund 2,1 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 verbunden. „Diese Maßnahme der CDU-geführten Bundesregierung ist ein weiteres wichtiges Puzzlestück in der hessischen Förderlandschaft, mit der wir mehr günstigen Wohnraum gerade in den Ballungszentren schaffen wollen“, so Caspar.